



Sehr geehrte Herren Oberbürgermeister und Erster Bürgermeister, liebe Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Wie optimistisch kann eine Haushaltsrede am Jahresanfang 2025 sein mit Blick auf die vielen Brandherde auf unserem Planeten, mit Blick auf die Ukraine, dem Nahen Osten, dem Südsudan, auf die regionalen Kriege, die Hungersnöte, die weltweiten Flüchtlingswellen, die Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden – wie sehr kann man an eine gute Zukunft glauben, wenn Migranten als Ungeziefer bezeichnet werden, politischen Gegnern mit Repressalien gedroht, Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt und unsere obersten bundesdeutschen Repräsentanten übel beleidigt und diffamiert werden – aus einem Land heraus, das vor 80 Jahren mit einem hohen Blutzoll dazu beigetragen hat, uns von der Nazidiktatur zu befreien.

Und auch in unserer Bundesrepublik sind die zunehmenden Sprünge im gesellschaftlichen Zusammenhalt immer unverkennbarer. Aber gerade deshalb dürfen wir als Gemeinderat und Verwaltung nicht nur technokratisch über künftige Maßnahmen und Projekte nachdenken, wir müssen uns vielmehr vermehrt Gedanken machen, wie das Wohlergehen unserer Stadt und der in ihr lebenden Menschen gemeinschaftsfördernd und lebenswert gestaltet werden kann. Es ist unsere Verpflichtung, alles zu tun, das soziale und gesellschaftliche Miteinander in all unserer Unterschiedlichkeit zu fördern und zu sichern.

Also tun wir es!

Dazu gehören in besonderem Maß z.B. ausreichend gute Wohnverhältnisse. Deshalb fordern wir seit Jahren und auch weiterhin, dass unsere Städtische Wohnbau gestärkt wird. Positive Anfänge sind gemacht. Sie muss aber noch mehr als bisher in die Lage versetzt werden, als handlungsfähige Gesellschaft dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir erwarten dabei auch, dass auf der Oberen Walke nicht nur Hochpreisiges realisiert wird und ebenso wenig auf dem irgendwann zu realisierenden IBA-Gelände, sondern Erschwingliches für Durchschnittsbürger.

Dass sich unsere Stadt weiterentwickeln muss, ist unbestritten. Ob dies aber durch eine signifikante Steigerung der Einwohnerzahl erstrebenswert ist, kann allerdings bezweifelt werden – es gibt infrastrukturell trotzdem genügend zu tun.

Für das Erreichen der existenziell wichtigen Klimaziele und die Abkehr von fossilen Energien haben wir schon einiges getan. Wichtig ist dabei, die Bevölkerung mitzunehmen. Eine große Rolle spielen unsere Stadtwerke. Es braucht sicher etwas Mut – aber der Auftrag des Gesellschafters Stadt Backnang muss und wird es sein, die Energietransformation in eine zukunftsfähige Energieversorgung voranzubringen. Einer der vielen sinnvollen Schritte kann im Einvernehmen mit dem Landkreis die effiziente Nutzung der

Abwärme der Biovergärungsanlage in Neuschöntal sein, oder die ortsnahe Einspeisung des Stroms, der auf der PV-Anlage der Deponie Steinbach erzeugt wird. In Zeiten knapper Kassen – und die werden wir in diesem Jahr und darüber hinaus haben, auch wenn es uns vergleichsweise noch immer recht gut geht und manchmal auf hohem Niveau gejamert wird – müssen wir uns fragen, was ist ein ‚must have‘ und was ein ‚nice to have‘.

Unsere Neuverschuldung wird exorbitant zunehmen – wobei eigentlich nichts wirklich Überflüssiges dabei ist, aber Freiwilligkeitsleistungen kommen dann schnell in den Blick.

Kultur und soziale Infrastruktur sind für uns allerdings nicht disponibel. Und die unverzichtbare Arbeit unserer vielen Non-Profit-Organisationen, das kulturelle, soziale, pädagogische, kirchliche, sportliche und gemeinnützige Engagement, durch das unsere Stadt erst lebenswert wird, darf niemals als etwas Zweitrangiges angesehen werden, egal, wie eng wir unseren städtischen Gürtel schnallen müssen. Abgesehen davon kann die Stadt das gar nicht selbst bewirken, was Dritte in guter Weise leisten. Deshalb: Jeder hier investierte Euro ist ein Investment in ein gutes und lebenswertes Miteinander. Wir sollten darüber nachdenken, wie wir über unsere städtischen Ehrungen hinaus dieses Engagement z.B. auch durch wertschätzende Boni anerkennen und würdigen können.

Dass Bildung und Betreuung den größten Posten in unserem Haushalt ausmachen, ist hinlänglich bekannt – neben den Personalkosten, über die immer wieder lamentiert wird, die aber notwendig sind, will man eine effiziente und bürgernahe Verwaltung haben. Bildung ist eine unverzichtbare Investition in die Zukunft. Ärgerlich ist allerdings, dass die große Politik gerne immer wieder neue Aufgaben nach unten delegiert, auf die kommunale Ebene, dabei meist aber die dazu gehörenden Euro vergisst. Auch wenn wir lange für einen kostenfreien Kindergartenbesuch gekämpft haben und grundsätzlich dazu stehen, kommen wir heute nicht mehr umhin, moderate Gebühren zu erheben, um eine gute frühkindliche Bildung für alle Kinder zu ermöglichen.

Und als Schulstadt sind wir in vielen Bereichen gut aufgestellt, stehen aber bei den Schulgebäuden vor großen Herausforderungen. Beispielhaft sei die ins Stocken geratene Planung des Neubaus für das Max-Born-Gymnasium und die Max-Eyth-Realschule genannt. Die erwünschte, aber bislang ungeklärte finanzielle Beteiligung der Umlandgemeinden darf jedenfalls nicht zu einer Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleinstag führen.

Ein großes – und mehr als berechtigtes – Ärgernis ist die immer fragiler werdende Situation der ortsnahen Gesundheits- und Pflegeversorgung. Auch wenn wir in Vielem fremdbestimmt sind, ist und bleibt sie eine ganz wichtige zentrale öffentliche Aufgabe; künftig mehr denn je. Das Krankenhaus steckt noch Vielen von uns in den Knochen und nicht Wenige erinnern sich nur zu gut an das Versprechen um die Dauerhaftigkeit der Notfallpraxis als kleine Kompensation. Es war ein Versprechen, das die Kassenärztliche Vereinigung zum 30.6. kompromisslos bricht. Selbstverständlich sind es wieder einmal Zwänge, mit denen man alles begründen kann und die wir gefälligst zu akzeptieren haben – wir, die Kommunalpolitik, die in der Gesundheitsversorgung Stehenden und die Bevölkerung. Dass sich auch OB Friedrich vehement für den Erhalt verkämpft und ebenso der Landrat deutliche Worte gefunden hat, tut natürlich gut. Jetzt müssen allerdings alle Beteiligten alles tun, den Flurschaden nicht noch größer werden zu lassen. Wundern darf sich allerdings niemand, dass so bei Wahlen Ergebnisse zustande kommen, die sprachlos machen. Es wird in den nächsten Jahren unsere Herkulesaufgabe sein, eine gute ambulante und stationäre medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen. Denn ob es unserer Stadt und den Menschen gut geht, hängt ganz entscheidend auch davon ab.

Unsere mittelfristige Finanzplanung besitzt ein Volumen, das fast Angst machen kann. Wenn wir aber nun den finanziellen Gürtel enger schnallen müssen, dann kommen wir auch nicht umhin, offen darüber zu diskutieren, was geschoben werden kann oder muss. Und nicht zwingend erforderliches Neues zu forcieren, bevor Begonnenes abgeschlossen ist, sollte nicht zur Regel werden.

Ein schönes Beispiel ist unsere Grabenstraße. Es wird spannend, wie es nun mit der Verkehrsberuhigung weitergeht. Hoffentlich passiert nicht das, was gelegentlich befürchtet und manchmal auch erhofft wird: Die Neugestaltung kostet eine Menge Geld, also lassen wir's, wie es ist. Nein, nach so vielen Jahren des Nichthandelns muss endlich klar Schiff gemacht werden – zum Nutzen Aller, auch Derer, die sich's heute noch nicht so recht vorstellen können. Unsere Innenstadt bekommt ein neues Gesicht, nicht nur im Graben selbst. Das innerstädtische Verkehrskonzept steht ja

schon lange auf der Agenda und allerspätestens, wenn die B 14 um Backnang herum fertig ist, werden wir uns neu aufstellen müssen. Ein weitgehend autofreier Stadtkern, zentrumsnahe Parkmöglichkeiten, gute Fuß- und Radzugänge und ein attraktiver ÖPNV bieten Zukunftschancen für die Händlerschaft, die Dienstleister, die Kunden, die Konsumenten.

Nach wie vor eminent wichtig bleibt der Hochwasserschutz. Die Natur zeigt uns immer wieder, wozu sie fähig ist. Wir haben in den letzten Jahren einiges unternommen, ausruhen dürfen wir uns aber nicht. Es wird uns noch einige Millionen kosten. Aber die Sicherheit unserer Bürgerschaft ist nicht verhandelbar. Und dann steht ja auch noch unsere Mobilitätsdrehscheibe Bahnhofsareal an. Der aktuelle Ausblick auf die nächsten Jahre ist eigentlich recht positiv – nach einer langen Frustrationsperiode. Endlich tut sich etwas.

Die Bahn bewegt sich. Unser wichtiges städtisches Eingangstor wird seinem Anspruch gerecht. Wir sind jedenfalls uneingeschränkt dabei.

Und es gibt noch etwas, das uns sogar Einnahmen bescheren kann. Das Bundesverfassungsgericht hat aktuell entschieden, dass die Tübinger Steuer auf Einwegverpackungen rechtmäßig ist. Wir sollten offensiv über eine Einführung in Backnang nachdenken. Eine saubere Stadt und weniger Vermüllung wäre ein guter Grund.

10 Minuten reichen eigentlich nicht, um alle wichtigen Themen anzusprechen. Eines darf allerdings nicht vergessen werden: Ein Dank an Alle, die – auch manchen Widrigkeiten zum Trotz – das Rad am Laufen gehalten haben, denen die oft im Stillen und Unbemerkt dazu beitragen, dass Backnang eine lebenswerte Stadt ist und bleibt, den vielen Backnangerinnen und Backnangern jeden Coleurs, die das Miteinander pflegen, die sich um ein gutes Stadtklima kümmern, die auch die Menschen am gesellschaftlichen Rand im Blick haben, denen, die Mut machen. Der Dank geht auch wieder an unsere Verwaltung, an unseren Oberbürgermeister, den Ersten Bürgermeister, die Dezernenten und Amtsleitungen und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die immer mehr und immer neue Aufgaben bewältigen müssen – und ebenso an das Gemeinderatskollegium, das doch in seiner ganzen Unterschiedlichkeit das Beste für unsere Stadt will, an die Presse als immer noch sehr notwendiges Scharnier zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung weit über die sozialen Medien hinaus, deren Entwicklung eher zur Sorge Anlass gibt. Und ihnen Allen danke ich auch in diesem Jahr für ihr geduldiges Zuhören.

Heinz Franke